

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 89 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Florian Gerster MdB plädiert für eine Änderung des NATO-Truppenstatus: Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis.

Seite 1

Horst Sielaff MdB bewertet die politische Entwicklung in Benin: "Demokratisierung steckt an".

Seite 2

Dokumentation

Eckart Kuhlwein MdB hat in einem Vortrag in der DDR die künftigen Aufgaben einer föderalistischen Bildungspolitik skizziert. Wir dokumentieren seinen Vortrag im Wortlaut. (Teil I)

Seite 3

45. Jahrgang / 130

11. Juli 1990

Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis Zur Aktualität einer sozialdemokratischen Forderung

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Auch wenn noch in diesem Jahr die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen abgeschlossen, die sicherheitspolitische Einbettung der deutschen Einheit in den Grundzügen geregelt und die Rechte der Vier Mächte abgeklärt werden können, werden viele sicherheitspolitische Eckpunkte deutscher Politik bleiben oder sich nur langsam verändern:

- Deutschland wird auf absehbare Zeit Vollmitglied des westlichen Bündnisses bleiben (weil die meisten Partner in West und Ost es so wollen)
- in Deutschland werden auf absehbare Zeit alliierte Streitkräfte stationiert sein
- die Übergangsregelungen zu einer dauerhaften Friedensordnung für Europa werden viele Status-quo-Elemente enthalten.

Dieser Status quo in der Bundesrepublik Deutschland ist weit von gleichberechtigter Partnerschaft im Bündnis entfernt - einige markante Beispiele:

- Jahrelang hat die Friedensbewegung vor dem falschen C-Waffenlager demonstriert, weil US-Alliierte mit Unterstützung der Bundesregierung eine Desinformationspolitik betrieben,
- während die Bundesluftwaffe ihr Tiefflugaufkommen über der Bundesrepublik drastisch reduziert hat, haben die alliierten Luftstreitkräfte in den 80er Jahren ihr Pensum erhöht,
- Im Zuge strategisch-operativer Neuorientierung gewinnt die Luftbeweglichkeit immer größere Bedeutung und damit die Belästigung der Bevölkerung durch Hubschrauberflüge, nahezu rund um die Uhr,
- die formlose Genehmigungspraxis alliierter Flugtage durch das Bundesministerium der Verteidigung hat selbst der Chefjurist der Hardthöhe "unfaßbar" genannt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleger: Dr. Gernot
Müller & Partner
Regensburg



Diese Beispiele machen Einschränkungen unserer politischen Selbstbestimmung deutlich, die nichts mit alten Siegerrechten der Vier Mächte, viel aber mit dem Vertragsrecht innerhalb der Allianz - vor allem NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen - zu tun haben. Deshalb bleiben die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion aktuell, die Möglichkeiten der Kündigung oder Änderung dieser Abkommen auszuschöpfen, soweit dies zum Abbau nicht mehr hinnehmbarer Vorrechte der Vertragspartner erforderlich ist.

Insbesondere geht es uns Sozialdemokraten um

- die strikte Bindung der Gaststreitkräfte an das deutsche Recht,
- den Abschluß von Überlassungsvereinbarungen für alle genutzten Liegenschaften und eine kritische Bestandsaufnahme des tatsächlichen Bedarfs der Alliierten und der Möglichkeit, Liegenschaften ziviler Nutzung zuzuführen,
- die volle Geltung des deutschen Rechts für Manöver und Übungen aller Truppen auf deutschem Boden und in deutschem Luftraum,
- das Arbeitsrecht der Zivilbeschäftigten, das dem der Bundeswehrverwaltung angepaßt werden muß.

Gerade bei Vorbereitung und Durchführung des Truppenabzugs können unsere Bündnispartner durch rechtzeitige Information und enge Zusammenarbeit mit Exekutive und Parlamenten sowie durch Rücksichtnahme auf die Belange der Regionen deutlich machen, daß aus Siegermächten Partner und Freunde geworden sind.

(-/11.7.1990/st/ks)

"Demokratisierung steckt an" Radikale Veränderungen auch in Afrika

Von Horst Sielaff MdB

Die Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa greifen auch nach Afrika über. Enge Bindungen afrikanischer Staaten an die UdSSR werden brüchig - andere Staaten wollen den Weg der Demokratie gehen.

Einen beispielhaften Weg zur Demokratie hat das westafrikanische Land Benin eingeschlagen. Das kleine Land, noch vor einem Jahr ein strenges Einparteiensystem, in dem Machtmißbrauch und Korruption auf der Tagesordnung standen, erlebt heute eine gewaltlose, ruhige aber durch und durch konsequente Umgestaltung seines politischen Systems. Dieser Weg könnte Modellcharakter für ganz Schwarzafrika haben, aber er ist nicht ungefährdet: wirtschaftliche Schwierigkeiten könnten Skeptikern des neuen Weges Auftrieb verleihen und den Herrschern der umliegenden Länder Anlaß zum Eingreifen geben.

Im Februar dieses Jahres ging aus der Nationalkonferenz aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte der "Hohe Rat der Republik Benins" hervor. In diesem Gremium, in dem auch alle ehemaligen Staatspräsidenten vertreten sind, wurde der Vorentwurf einer demokratischen Verfassung erarbeitet, der jetzt im Lande vorgestellt und diskutiert wird. Durch die Verfassung soll der demokratische Rechtsstaat geschaffen und durch freie demokratische Wahlen in etwa acht Monaten eine neue Führung des Landes gewählt werden.

Überragende und integrierende Führungspersönlichkeit des Hohen Rates ist dessen Vorsitzender Bischoff Isidore de Souza. Er wird von allen Gruppierungen respektiert und hat einen hohen Anteil an dem bisherigen Weg. Staatspräsident Kerekou akzeptiert offensichtlich den neuen Weg zur Demokratie, er bekennt sich zum politischen Wandel und hat entscheidenden Anteil daran, daß dieser Wandel friedlich vonstatten geht. Der entscheidende Politiker der Umgestaltung aber ist Premierminister Soglo (lange Jahre Exekutivdirektor der Weltbank), der mit rückhaltloser Offenlegung der Sünden und Verbrechen der Vergangenheit, mit Appellen und Androhung drakonischer Strafen bei Korruption und Verletzungen der neuen Verfassung eine neue Mentalität durchsetzen will.

An dem Wandel zur Demokratie hat neben den Genannten ein weiterer Politiker großen Anteil, der sozialdemokratisch geprägte Maître Robert Dossou. Er war schon in früheren Jahren als mutiger Menschenrechtsverfechter im Lande bekannt. Ende letzten Jahres berief Staatspräsident Kerekou diesen seinen schärfsten

öffentlichen Kritiker ins Kabinett. Viele verstanden nicht, daß Dosson die Berufung annahm. Heute wird der große Anteil sichtbar, den dieser Mann bei Kerekous Entwicklung vom Einheitspartei- und zum Mitinitiator der Demokratieentwicklung hat.

Benin - ein hoffnungsvoller Funke der Demokratie in Schwarzafrika.

Die europäischen Staaten sind aufgerufen, diesen einmaligen Weg zur Demokratie in Afrika auch finanziell zu stützen. Scheitert das Experiment Benin, könnte die Chance für Demokratie in Afrika für lange Zeit vertan sein. Schon heute versuchen Politiker, wie der Präsident Togos beispielsweise, gegenzuhalten und zu verhindern, daß der Weg zur Demokratie auch in ihrem Lande weiten Schichten der Bevölkerung attraktiv erscheinen könnte.

Auch in Togo ist 1986 eine Menschenrechtskommission von der Regierung ins Leben gerufen worden, ihre Mitglieder werden von Organisationen wie der Anwaltskammer gewählt. 13 Mitglieder, darunter auch Vertreter der Regierung, gehen den Menschenrechtsverletzungen im Lande nach und 1989 war das Gesamthema der Arbeit der Menschenrechtskommission die Presse- und Informationsfreiheit.

Zwei Berichte hat die Menschenrechtskommission bereits eigenständig der Öffentlichkeit übergeben. Obwohl der Präsident über dieses "eigenmächtige" Verhalten ungehalten war, will die Kommission weiter so verfahren. Sie nutzt offensichtlich den gewährten Freiraum.

Gute Ansätze also auch hier. Skepsis kommt allerdings auf, wenn man erlebt, wie alles Leben, alle politischen Entscheidungen allein von dem Präsidenten bestimmt werden.

Die Finanzierung der Arbeit der Menschenrechtskommission Togos geschieht in erster Linie durch den Staat. Für dieses laufende Jahr ist davon noch kein Pfennig in die Kasse der Kommission geflossen. Auch so kann Arbeit blockiert und erschwert werden. Kritische Menschenrechtskämpfer versichern auch, daß alles sehr mühsam sei und man durchaus Angst habe. Erschwert wird hier der Pluralismus nicht nur durch eine starke autoritäre Staatsmacht, sondern durch die Unterwürfigkeit auch kirchlicher Gruppen. Sie beklatschen den Präsidenten und kümmern sich in ihrer Spitze wenig um Ausweisungen, zum Beispiel auch bundesdeutscher Pfarrer.

Togo - wie andere afrikanische Staaten - verfolgt den Weg Benins mit größter Aufmerksamkeit. Von dem Erfolg Benins wird es abhängen, ob andere Staaten den Weg der Demokratie folgen.

(-/11.7.1990/st/ks)

DOKUMENTATION

Kooperativer Föderalismus im Bildungswesen als Zukunftsaufgabe - Chancen und Probleme (Teil I)

Der Vorsitzende der Bundestags-Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000", der SPD-Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein MdB, hat vor der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR die Aufgaben eines kooperativen Föderalismus im Bildungswesen dargelegt. Wir dokumentieren seinen Vortrag im Wortlaut.

1.

Der Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten hat in der Bundesrepublik und in der DDR die Frage nach den Zuständigkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen neu aufgeworfen. In der Bundesrepublik wird im Zusammenhang mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seit vielen Jahren eine schleichende Erosion der Rechte der Länder und ihrer Parlamente und eine Zunahme an Einflußnahme durch zentralstaatliche Einrichtungen beklagt. Die Möglichkeit der Parlamente, auf Abstimmungsprozesse der Regierungen frühzeitig und wirksam Einfluß zu nehmen, ist ein allgemeines Problem in Staaten mit demokratischer Gewaltenteilung, es ist auch nicht auf den Bildungs- und Wissenschaftsbereich allein beschränkt.

Nicht zuletzt auf diese Erfahrungen gründet sich die aktuelle Forderung der Länder der Bundesrepublik auf aktive Teilhabe an den Einigungsverhandlungen und an dem längerfristigen Prozeß des Zusammenwach-

sens der beiden deutschen Staaten. Zumindest die Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag sind sich in dieser Forderung mit Ihnen einig.

In der DDR führen die mit einem Übermächtigen Zentralstaat gemachten Erfahrungen zu einer Renaissance des Föderalismus. Solche Erfahrungen, dies sei nicht nur aus historischem Interesse vermerkt, sind 1949 auch in der Bundesrepublik für die bundesstaatliche Verfassung ausschlaggebend gewesen; darauf haben allerdings auch die drei Westalliierten Einfluß genommen.

Bildungspolitiker interessiert in diesem Zusammenhang vor allem das Spannungsverhältnis zwischen der verfassungsrechtlich garantierten "Kulturhoheit" der Länder und den Pflichten und Aufgaben des Zentralstaats. Theorie und Praxis des Föderalismus in der Bildungspolitik der Bundesrepublik sind deshalb kritisch zu analysieren. Als Vorsitzender einer Enquete-Kommission des Bundestages, der in der Vorphase der Einsetzung dieser Kommission schwierige Erfahrungen mit den Ländern gemacht hat, deren Auftrag auf die Bundeszuständigkeiten beschränkt worden ist, die gleichwohl aber auch Schnittstellen und Konflikte in der gesamtstaatlichen - zukünftigen - Bildungsplanung und -politik untersucht, kann ich dies nicht ganz unparteiisch tun. Das steht nicht im Widerspruch zu einem - wenn es verlangt wird auch glühenden - Bekenntnis zum Föderalismus.

2.

Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" vom 14. September 1989 (Bundestags-Drucksache 11/5349) haben wir diesen Fragenkomplex sowohl unter der Überschrift "Rahmenbedingungen" für unsere Arbeit als auch im Abschnitt über "Bildung und europäische Integration" ausführlich dargestellt. Zweierlei ist bemerkenswert:

- a) Die von den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP und den von ihnen für die Kommission benannten Sachverständigen beschriebene Mehrheitsauffassung spielt die bisherige und die zukünftige Rolle des Bundes in der gemeinsamen Bildungsplanung und -politik nicht voll aus, wenn wir uns auch gemeinsam darauf verständigt haben, daß die in unserem Einsetzungsbeschuß aufgelisteten alten und neuen "Herausforderungen" an die zukünftige Bildungspolitik des Bundes die Kooperation zwischen Bund und Ländern gebieten. Die Minderheit - Abgeordnete der SPD- und der GRÜNEN-Fraktion und die von ihnen für die Kommission benannten Sachverständigen - betonen ausgehend von den keineswegs zu vernachlässigenden Bundeskompetenzen die bedeutende Rolle, die der Bund bei der aktiven Mitgestaltung der Zukunft einnehmen muß; wesentlich ist zumindest der Minderheit auch die Notwendigkeit des engen Zusammenwirkens der Bildungspolitik mit anderen relevanten Politikbereichen auf allen staatlichen Ebenen.
- b) Die Länder haben - im Gegensatz zu früheren Erfahrungen, etwa im Zusammenhang mit dem sogenannten "Mängelbericht" der Bundesregierung (Bundestags-Drucksachen 8/1551 und 8/1956) über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems - keinerlei Kritik am Mehrheits- wie am Minderheitsvotum im Zwischenbericht der Enquete-Kommission geäußert. In einer Diskussion mit dem nordrhein-westfälischen Ausschuß für Schule und Weiterbildung im März 1990, zu der ich als Vorsitzender der Enquete-Kommission eingeladen war (auch dies meines Wissens ein "Novum" in der bundesdeutschen Geschichte des Bildungsföderalismus), wurden unsere Ausführungen bemerkenswerterweise auch als sachlich zutreffend und als aus Sicht der Länder die Probleme und Aufgaben der Zusammenarbeit angemessen darstellend gewertet. Dies läßt immerhin hoffen, daß der "kooperative Föderalismus" nach einer über zehnjährigen Phase des Stillstands und Rückschritts wieder eine Chance erhält.

(-/11.7.1990/st/ks)

(Fortsetzung folgt in unserer nächsten Ausgabe)